
Wirtschaftliche Effekte des EU-Beitritts. Ein Literaturüberblick*

Engelbert Stockhammer

Einleitung

Mit 1. Jänner 1995 trat Österreich der Europäischen Union bei. Dieses historische Ereignis war nur einer unter mehreren Schritten in der Teilnahme Österreichs am Projekt der europäischen Integration. Bereits ein Jahr zuvor hatte Österreich mit der Teilnahme am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) einen großen Teil des Rechtskörpers der EU übernommen. Österreichs Wirtschaft war aber auch zu diesem Zeitpunkt schon eng mit Europa verflochten. Bereits 1992 gingen 66,1% der Exporte Österreichs an EU-Länder. Mit dem EU-Beitritt war die Integration Österreichs nicht zu Ende. Seit 1. Jänner 1999 nimmt Österreich an der letzten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) teil, der gemeinsamen Währung und deren Management durch die Europäische Zentralbank.

Wie sind heute, zehn Jahre nach dem EU-Beitritt, die wirtschaftlichen Effekte auf Österreich einzuschätzen? Entsprach die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung den Erwartungen? Während die erste dieser Fragen den vorliegenden Artikel motiviert, ist es die zweite, deutlich engere Frage, der hier nachgegangen werden soll. Dazu wird ein Überblick über die vorliegenden Studien zu den makroökonomischen Effekten des EU-Beitritts gegeben und deren Ergebnisse der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung seit 1995 gegenübergestellt. Trotz diverser Unterschiede hinsichtlich verwendeter Methoden und Modelle ist der Grundtenor der Studien ähnlich: Durch den Binnenmarkt würden positive angebotsseitige Effekte (Nutzung von Skalenerträgen, mehr Wettbewerb etc.) ausgelöst, was zu niedrigerer Inflation und höherem Wachstum führen würde. Bemerk-

* Danksagung: Der Artikel basiert auf einem Projekt im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Auszüge aus diesem Artikel erschienen in Kurswechsel 2/05. Der Autor ist Fritz Breuss, Stefan Ederer, Ewald Nowotny und Werner Raza für nützliche Kommentare zu Dank verpflichtet. Etwaige Fehler sind jedoch allein die des Autors.

kenswert bei der Modellierung in den Studien ist eine Verschiebung hin zu rein angebotsorientierten Modellen.

Die positiven Prognosen zu den Effekten des EU-Beitritts stehen in merkwürdigem und untertheoretisiertem Kontrast zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung seit dem EU-Beitritt. Praktisch alle realen Indikatoren (wie BIP-Wachstum) haben sich verschlechtert, übrigens im Gegensatz zu den nominellen Indikatoren (wie der Inflation). Daher fällt die hier vorgelegte Einschätzung deutlich nüchterner aus als die euphorischen Prognosen der vorliegenden Studien und der aktuellen politischen Jahresfeiern.

Der Artikel ist folgendermaßen aufgebaut. Zunächst werden die rechtlichen Konsequenzen und erwarteten ökonomischen Effekte der einzelnen Integrationsschritte beschrieben. Im zweiten Teil des Berichts werden die verschiedenen quantitativen Studien, ihr methodisches Vorgehen und ihre Hauptergebnisse zusammengefasst. Dabei finden nur aggregierte, makroökonomische Studien Berücksichtigung, nicht aber sektorale. Im dritten Teil werden die Studien verglichen, und ihre Konsistenz wird untersucht. Ebenso wird der Frage nachgegangen, ob alle relevanten Effekte berücksichtigt wurden. Im vierten Teil werden mit einem Überblick über die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung Österreichs vor und nach dem EU-Beitritt *Stylized Facts* etabliert, die dann zum Abgleich der Plausibilität der zuvor diskutierten Studienergebnisse herangezogen werden. Der fünfte Teil macht einige Anmerkungen zur aktuellen Diskussion anlässlich des zehnten Jahrestages des EU-Beitritts.

1. Der EU-Beitritt: vom EWR zur WWU

Der EU-Binnenmarkt, basierend auf den „Vier Freiheiten“ (Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr) wurde in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) 1985 festgeschrieben und trat 1993 in Kraft. Gemäß dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung wurden nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut.

Das Binnenmarkt-Projekt war mit hohen Erwartungen verbunden. Im Cecchini-Report wurden die Wohlfandseffekte auf rund 4,5% (eigentlich: 3,2 bis 5,7%) des EU-BIP geschätzt und die Schaffung von 1,3 bis 2,3 Mio. neuer Arbeitsplätze in Aussicht gestellt. Gleichzeitig sollten die Budgets um 1,5 bis 3%-Punkte des BIP entlastet werden und die Preise um 4,5 bis 7,7% fallen. Die Gründe für diese erfreulichen Effekte wurden in der Intensivierung des Wettbewerbs und der Nutzung von Skalenerträgen gesehen. Diese würden wegen des Wegfalls nicht-tarifärer Handelshemmnisse, der Liberalisierung des öffentlichen Auftragswesens und der Liberalisierung von Finanzdienstleistungen eintreten.

Der Cecchini-Bericht war dabei sehr explizit in seiner Betonung, dass der Binnenmarkt allein nicht ausreichen würde. Notwendig zur Erzielung

des vollen Umfangs der positiven Effekte seien eine strikte Wettbewerbspolitik und eine aktive Nachfragepolitik, nicht zuletzt da die Produktivitätsgewinne in der Anfangsphase die Arbeitslosigkeit erhöhen könnten.¹ Es ist wert, die relevante Passage ausführlich zu zitieren:

„More than full implementation of the White Paper is required in order to achieve the potential benefits of an integrated European market. There must be a strong competition policy (...). Macroeconomic policy has to be set on a coherent, growth-oriented strategy. The White Paper represents a policy aimed at making the supply potential of the Community economy more flexible and competitive. The counterpart in terms of the demand side needs to be a clearly agreed among policy-makers and credibly communicated to business and public opinion.“²

Österreichs Wirtschaft war bereits vor dem EU- Beitritt stark in die europäische Wirtschaft integriert. Hatte bereits die EFTA, deren Mitglied Österreich war, eine Freihandelsvereinbarung mit der EU (damals noch: EG), die 1977 vollständig umgesetzt war, so wurden mit dem EWR rund zwei Drittel des Rechtskörpers der EU (des *acquis communautaire*) übernommen und damit ein Großteil der so genannten technischen Handelshemmnisse beseitigt. Die „Vier Freiheiten“ waren ebenso Teil des EWR wie die Einbindung in die EU-Wettbewerbspolitik. Einige Handelshemmnisse bestanden zwar noch (namentlich gab es noch Grenzkontrollen und eine mangelnde Harmonisierung der Ursprungsregeln), die Handelsvereinfachungen durch den EU-Beitritt können in Summe aber als eher bescheiden qualifiziert werden. Ökonomisch bedeutete die EU-Vollmitgliedschaft, die Übernahme des gemeinsamen Außenzolls (was eine de facto-Reduktion von 10,7% auf 7,3% bedeutete), die Verpflichtung Österreichs, Zahlungen an die EU zu leisten (Österreichs Nettozahlerposition wird auf rund 0,5% des BIP geschätzt), und eine Mitgliedschaft bei der GAP (Gemeinsamen Agrarpolitik).

Der eigentliche Hauptunterschied zwischen EU-Vollmitgliedschaft und dem EWR ist auf der politischen Ebene zu finden:³ Die Vollmitgliedschaft bedeutete politische Mitbestimmungsrechte, die Einbindung in die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie Teilnahme an der Einheitswährung.

Die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) war Gegenstand des Maastrichter Vertrags (1994), in dem die Bedingungen für die Mitgliedschaft, die bekannten Konvergenzkriterien, festgelegt wurden. Die WWU trat 1999 in Kraft und wurde durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) flankiert. Selbiger schreibt mittelfristig ausgeglichene Staatshaushalte vor und droht mit Strafzahlungen im Fall von Budgetdefiziten von mehr als 3% des BIP (außer im Fall einer schweren Rezession). Gleichzeitig wurde die EZB (Europäische Zentralbank), nach Vorbild der Deutschen Bundesbank, als politisch unabhängige Institution gegründet

und ihre Aufgabe in der Wahrung der Preisstabilität festgeschrieben.

Diese institutionelle Ausgestaltung der europäischen Wirtschaftspolitik, wo die Geldpolitik ausschließlich der Preisstabilität und die Fiskalpolitik dem Prinzip des ausgeglichen Budget verpflichtet ist, wurde wegen seiner immanenten deflationären Neigung oft als inadäquat kritisiert und auch für die Heftigkeit und Länge der Rezession in den letzten Jahren verantwortlich gemacht. So schreibt z. B. die Zeitschrift *The Economist*: „In recent years, both [Japan and the EU] have suffered from extraordinarily incompetent macroeconomic policies. (...) In Europe, an obsession with tight monetary policy has exacerbated the recent economic downturn.“⁴ Die kritisierte Wirtschaftspolitik ist dabei nicht nur auf persönliche Fehler von wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern zurückzuführen, sondern auf die wirtschaftspolitischen Strukturen, die durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschaffen wurden.

Die Vorteile der Möglichkeit der Mitbestimmung in der EU wurden natürlich mit einer Unterordnung unter EU-Recht und -Politik erkaufte. Die Hauptkosten des EU-Beitritts sind daher im Verlust von staatlicher Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit zu sehen. Diese reichen von der Regionalpolitik (z. B. Maßnahmen zur Reduktion des Transitverkehrs) bis, aktuell, zur Bildungspolitik mit der Öffnung von Österreichs Universitäten für EU Studentinnen mit Matura-äquivalentem Schulabschluss. Wirtschaftspolitisch sind die Möglichkeiten der Fiskalpolitik stark eingeschränkt, und die Geldpolitik ist vergemeinschaftet.

2. Studien zur Evaluierung der ökonomischen Effekte des EU-Beitritts

Im Folgenden werden die vorliegenden quantitativen Studien zu den ökonomischen Effekten des EU-Beitritts auf die Wirtschaft Österreichs zusammengefasst. Dabei sollen mehrere Fragen behandelt werden:

- Welche Methoden werden verwendet? Welche Art von ökonomischem Modell liegt den Berechnungen zugrunde?
- Welche Annahmen wurden bei den Berechnungen bezüglich des EU-Beitritts gemacht?
- Was ist das Referenzszenario, mit dem verglichen wird?
- Was sind die Hauptergebnisse?

Tabelle 1 gibt eine erste Übersicht über die vorhandenen Studien, die unten im Detail behandelt werden. Die Studien werden in chronologischer Reihenfolge behandelt. Neben verwendeten Methoden und Modellen werden die Hauptergebnisse zusammengefasst. Dabei werden nur die Ergebnisse für das BIP-Wachstum (als Indikator für den realen Sektor) und die Inflationsrate (für den monetären Sektor) angegeben. Nicht-makroökonomische oder qualitative Studien werden nur am Rande behandelt.

Eingangs ist zu vermerken, dass sich die vorgelegten Studien mit Ausnahme von Keuschnigg und Kohler (1996) durch eine ausgesprochen klare und nachvollziehbare Darstellung der verwendeten Modelle und Annahmen auszeichnen.

Tabelle 1: Eine Übersicht über die vorhandenen Studien

Studie	Thema	Methode	BIP	Inflation
BS 89	EWK vs. EFTA	Nf Mod Sim	1,6	-1,6
Breuss et al. (1994)	EU vs EWK	Nf Mod Sim	2,8	-3,3
KK 96	EU	CGE Sim	2,0	
Breuss (1997)	WWU	Makro Mod Sim	2,2	+ 6,5
Breuss (1999), (2000)	EU	Histor Makro A	3,0	-4,3 / -1,9
Breuss (2003), (2005)	EU	Ang Mod Sim	2,2	- 1,5

Anmerkung: Effekte nach 5 Jahren. Die Studienergebnisse sind aufgrund von Unterschieden in den unterstellten Szenarien nicht direkt vergleichbar.

Abkürzungen: Nf Mod Sim – Simulation mit einem nachfrageorientierten Modell; Ang Mod Sim – Simulation mit einem angebotsorientiertem Modell; CGE – Computational General Equilibrium Modell; Hist Makro A – makroökonomische Analyse mit historischen Daten.

KK 96: Keuschnigg und Köhler (1996); BS 89: Breuss und Schebeck (1989).

2.1 Breuss und Schebeck (1989)

Breuss und Schebeck (1989) simulieren die Effekte des EU-Beitritts basierend auf dem Wifo-Makromodell. Dieses ist ein nachfrageorientiertes Makromodell, bei dem Nachfrageüberlegungen, d. h. die Investitions- und die Konsumfunktion, die zentrale Rolle spielen. Da es für Politiksimulationen herangezogen wird, verfügt es über einen elaborierten Staatssektor. Als Makromodell kann das Wifo-Makromodell Effekte des EU-Beitritts, die zunächst vor allem mikroökonomischer Natur sind, nicht direkt verarbeiten. Stattdessen wird versucht, aus verschiedenen Quellen „plausible“ mikroökonomische Effekte herauszufiltern, die dann in das Makromodell eingebaut werden können. So wird z. B. aus mikroökonomischen Studien geschätzt, dass durch den Zollabbau das Preisniveau der Importe um 0,2% fällt. Diese Zahl wird dann in den Simulationen verwendet.

Methodisch ist die Studie dabei eng an den Cecchini-Report angelehnt, von dem auch viele Daten direkt als Simulationsinputs verwendet werden. Das bedeutet auch, dass zumeist keine Österreich-spezifischen Daten zum Einsatz kommen, sondern jene, die der Cecchini-Report verwendet. Breuss und Schebeck (1989) ist daher als eine österreichische Version des Cecchini-Reports zu werten und teilt dessen Stärken und Schwächen.

Konkret wird angenommen, dass im Falle eines Beitritts:

- durch den Binnenmarkt sich das BIP der EU (über sechs Jahre) um 4,5% erhöht;
- die Importpreise wegen des Zollabbaus um 0,2% fallen würden;
- das Budgetsaldo würde sich um 0,28% verbessern wegen des Verbots von Diskriminierungen in den öffentlichen Ausschreibungen;
- die Zinsen aufgrund der Liberalisierungen im Finanzsektor um 1%-Punkt fallen würden;
- die Preise wegen des steigenden Wettbewerbsdrucks um 1% fallen würden;
- die Produktivität sich durch bessere Nutzung von Skaleneffekten sich um 0,5% erhöhen würden;
- die Nachfrageelastizität der österreichischen Exporte sich wegen der gestiegenen Konkurrenz erhöhen würde;
- die Importe wegen der stärkeren Marktmacht ausländischer Unternehmen, höherer Importe im Agrarbereich und stärkerer Präsenz ausländischer Anbieter im öffentlichen Beschaffungswesens um 1% erhöhen würden.

Diese Effekte werden mit Referenz auf den Cecchini-Report gerechtfertigt und kaum mit österreichischen Daten belegt. In etlichen Fällen, speziell den Angebotseffekten, d. h. den letzten drei Punkten, wird die Willkürlichkeit der Annahmen eingestanden. Es bestehe vor allem hinsichtlich der Angebotseffekte ein „großer Unsicherheitsspielraum. Jeder Quantifizierung wird daher ein hohes Maß an ‚Willkürlichkeit‘ anhaften“.⁵

Im Gegensatz zu obigen Annahmen wird im Falle eines Nicht-Beitritts, d. h. des Verbleibens in der EFTA, angenommen, dass

- die Exporte wegen Diskriminierungen um 1% p. a. fallen würden;
- die Außenhandelspreise um 0,9% fallen würden (was die Importe erhöhen würde).
- die Investitionen um 0,5% p. a. sinken würden, da der Industriestandort Österreich unattraktiver würde.

Es wird wiederum eingestanden, dass die angenommen Werte einen gewissen Grad an Willkürlichkeit aufweisen.

Das Referenzszenario ist also ein Verbleib in der EFTA. Eine Annäherung an die EU, wie sie später im EWR durchgeführt wurde, ist noch nicht diskutiert. Eine solche würde zwischen dem EU-Szenario und dem EFTA-Szenario liegen. In der Analyse wird vorsichtig unterschieden zwischen dem Szenario EU-Beitritt mit Budgetsanierung und dem Szenario EU-Beitritt ohne Budgetsanierung. Dies ist insofern von Bedeutung, als durch den EU-Beitritt zusätzliche Belastungen des Budgets in der Höhe von rund einem Prozentpunkt des BIP erwartet wurden.

Die Simulationsergebnisse sind wie folgt: Im Falle eines Nicht-Beitritts würde das BIP nach 6 Jahren um 1,6% höher liegen. Der angenommene

Wachstumsschub der EU würde also trotz Diskriminierungen positive Effekte auf Österreichs Wirtschaft haben. Gleichzeitig würde sich das Budgetsaldo um 0,4%-Punkte (des BIP) verbessern, und das Preisniveau⁶ würde um 1,6% sinken. Im Fall eines Beitritts ohne Budgetausgleich wären die Wachstumseffekte mit 3,5%-Punkte deutlich höher, das Budgetsaldo würde sich allerdings um 1,1 Prozentpunkte verschlechtern. Das Preisniveau würde um 5,2% fallen.

Im Falle eines Beitritts mit Budgetausgleich gingen die Wachstumseffekte auf 2,5%-Punkte zurück, das Budget wäre annahmegemäß unverändert und der Effekt auf die Preise bei -5,2%.

Diese Ergebnisse sind insofern unvollständig, als das Szenario „Nicht-EU mit Budgetausgleich“ nicht berücksichtigt wurde. In diesem Szenario würden die Budgetüberschüsse in Form einer Erhöhung der Staatsausgaben oder Senkung der Steuern weitergegeben. In diesem Fall würde das Wachstum auf 2% bis 2,2% (je nachdem, ob ein Multiplikator von 1 oder 1,5 unterstellt wird) steigen. Es ist bemerkenswert, dass das Wachstum in diesem Fall (nach 6 Jahren) um weniger als einen halben Prozentpunkt unter dem EU mit Budgetausgleich-Szenario liegt und damit vermutlich im Konfidenzintervall gleicher Ergebnisse.

Die Autoren der Studie betonen jedoch vor allem den Unterschied zwischen den Szenarien Nicht-EU und EU-Beitritt ohne Budgetausgleich und die Wachstumsgewinne in der Größenordnung von 1,9% des BIP. Bemerkenswert an der Studie ist auch der hohe erwartete Anstieg der Investitionsangaben von bis zu 7% (im Beitritt ohne Budgetausgleich-Szenario). Ein Versuch einer – zugegebenermaßen extrem schwierigen – Quantifizierung der Kosten durch den Verlust von staatlichem Handlungsspielraum durch den EU-Beitritt wird nicht unternommen.

2.2 Breuss, Kratena und Schebeck (1994)

Wie Breuss und Schebeck (1989) beruht auch Breuss, Kratena und Schebeck (1994) auf dem Wifo-Makromodell, also einem nachfrageorientiertem Makromodell. Gegenübergestellt wird ein Verbleib im EWR mit dem EU-Vollbeitritt. Dabei wird jedoch nur vom Binnenmarkt, nicht aber von der (damals schon vertraglich fixierten) Währungsunion ausgegangen. „Die Effekte einer Teilnahme an der dritten Stufe der WWU (...) werden in den Modellrechnungen nicht explizit berücksichtigt.“ (S. 21)

Bei den Simulationen wurden folgende Annahmen gemacht: Im Vergleich zum EWR-Szenario würden im Falle eines EU-Beitritts:

- sich die Exporte wegen der geringeren Handelskosten jährlich um 0,5% erhöhen;
- sich die Investitionen wegen höherer ausländischer Direktinvestitionen in Österreich um 0,5% erhöhen;

- die Preise wegen Wettbewerbseffekten um 0,2% und wegen der Gemeinsamen Agrarpolitik um 1% sinken;
- das Budgetsaldo sich netto um rund 0,5%-Punkte (des BIP) verschlechtern, da Österreich Nettozahler werden würde.

Die angeführten Werte werden mit Ausnahme der Budgetposition nicht weiter belegt. Dies ist angesichts der Tatsache, dass Österreich im EWR rund zwei Drittel des Rechtsbestands der EU übernahm, keineswegs trivial. Anders als die Mikro-Studien, die im Rahmen des Cecchini-Reports (allerdings nicht in Österreich) durchgeführt wurden, basieren die Schätzungen ausschließlich auf qualifizierten „*guestimates*“, d. h. plausiblen, aber nicht belegten Schätzungen. So wird z. B. der Rückgang der Investitionen um 0,5% mit Verweis auf Bayer (1994) gerechtfertigt. Dort findet sich jedoch keine quantitative Abschätzung der Effekte, bloß die Feststellung, dass Österreich im Falle des Nicht-Beitritts für ausländische Direktinvestitionen „unattraktiver“ würde. Weder wird dafür eine Zahl genannt, noch wird ein Beleg angeführt, dass sich ADI direkt auf das Investitionsvolumen auswirken (was nur bei Investitionen in neue Anlagen der Fall ist, nicht aber bei Firmenübernahmen).⁷

Die Simulationsergebnisse werden nicht für beide Szenarien getrennt ausgewiesen (außer in einer Grafik). Präsentiert wird nur die Nettoposition von EU-Beitritt vs. EWR-Szenario. Nach fünf Jahren würde das BIP um 2,8% höher liegen und das Preisniveau um 3,3% niedriger. Der Budgetsaldo würde sich um 0,9 Prozentpunkte (des BIP) verschlechtern. Ein Szenario „EU-Beitritt mit Budgetausgleich“ wird nicht angeführt. Je nach unterstelltem Multiplikatoreffekt (und Art der Budgeteinsparungen) würde sich der Wachstumseffekt auf 1,5 bis 1,9%-Punkte reduzieren. Der Vergleich der Ergebnisse ist also inkonsequent.

Bemerkenswert ist, dass gemäß Breuss et al. (1994) der Wachstumseffekt eines EU-Beitritts (ohne Budgetausgleich) verglichen mit einem EWR-Szenario 3,3% ist, der Wachstumseffekt eines EU-Beitritts (ohne Budgetausgleich) verglichen mit einem EFTA-Szenario (nach Breuss und Schebeck [1989]) aber 2%. Wenn sich keine dramatischen Änderungen in den Verhaltensfunktionen ergeben haben (worauf kein Hinweis gegeben wird), dann würden die beiden Schätzungen implizieren, dass der EWR-Beitritt rund 1,3%-Punkte an Wachstum *gekostet* habe. Dies ist aber (vor allem in der Logik der Wifo-Studien) unplausibel, da der EWR eine beträchtliche Annäherung an EU-Standards darstellt und daher handels- und wohlförderungswirksam wirken müsste. In jedem Fall kann gesagt werden, dass – trotz oberflächlicher Ähnlichkeit – die Ergebnisse von Breuss, Kratena und Schebeck (1994) im Vergleich zu Breuss und Schebeck (1989) als hoch einzustufen sind.

Ein Versuch einer Quantifizierung der Kosten durch Verlust von staatlichem Handlungsspielraum durch den EU-Beitritt wird nicht unternommen.

2.3 Keuschnigg und Kohler (1996)

Anders als die bisher diskutierten Studien verwenden Keuschnigg und Kohler kein Makromodell, sondern ein CGE-Modell (*computable general equilibrium model*). Ein solches beruht weit stärker als herkömmliche Makromodelle auf theoretischen Annahmen und wird nicht als solches geschätzt, sondern kalibriert. Es spiegelt daher stärker die Annahmen der Modellierer und weniger reale Daten wider. Nachfrageprobleme werden zwangsläufig ignoriert, da die CGE-Modelle auf Optimierungsverhalten beruhen. Im Gegensatz zu sämtlichen diskutierten Wifo-Studien ist das verwendete Modell von Keuschnigg und Kohler für den Leser nicht direkt nachvollziehbar bzw. replizierbar. Positiv ist für CGE-Modelle zu vermerken, dass sie anders als Makromodelle mehrere Güter verwenden und daher geeigneter sind, Substitutionseffekte zu erfassen. Breuss und Schebeck halten CGE-Modelle nicht für geeignet, die Integrationseffekte zu schätzen: „Die Kalibrierungstechnik von CGE-Modellen erlaubt es nicht, die theoretischen Aussagen im Licht von tatsächlich beobachteten Daten zu testen.“ (S. 10)

Die zentralen Annahmen in der Simulation sind:

- eine Reduktion der Handelskosten um 2,5%;
- eine Reduktion der Zölle auf EU-Niveau;
- der Beitritt in die GAP;
- Nettozahlungen Österreichs an die EU.

Die Größenordnungen dieser Veränderungen für die Simulation wird mit Verweisen auf Breuss, Kratena und Schebeck (1994) gerechtfertigt.

Die Ergebnisse der Simulation ist, dass ein EU-Beitritt eine Steigerung des BIP um 1,95% und eine Reduktion der Preise um 1,5% im langfristigen Gleichgewicht bewirken würde.

Es wird keine Interpretation des Referenzszenarios geboten. Angesichts des Zeitpunktes der Publikation ist dieses wohl als EWR-Zugehörigkeit zu verstehen. Ob die Effekte der WWU im EU-Szenario inkludiert sind, wird nicht explizit erwähnt. Da keine spezifischen diesbezüglichen Annahmen in die Simulation eingehen, ist nahe liegend, dass WWU-Effekte nicht inkludiert sind. Ein Versuch einer Quantifizierung der Kosten durch Verlust von staatlichem Handlungsspielraum durch den EU-Beitritt wird nicht unternommen.

2.4 Breuss (1997)

Anders als die bisher diskutierten Studien untersucht Breuss (1997) nicht die Effekte des EU Beitritts, sondern ausschließlich des Beitritts zur WWU. Die Schätzung der Effekte der Währungsunion erfolgt basierend auf dem Oxford Multicountry-Modell. Separat (und interpretativ nicht im Zu-

sammenhang mit dem WWU-Beitritt!) wird eine Schätzung der Effekte des Konsolidierungsprogramms 1996 – basierend auf Simulationen mit dem Wifo-Makromodell – präsentiert.

Das Oxford Economic Forecasting-Weltmodell ist „ein Mehrländer-Mundell-Fleming Modell mit flexiblen Wechselkursen. Es weist neben einem in Makromodellen üblichen Nachfrageteil einen expliziten Angebotsteil (Produktionsfunktion, NAIRU, Faktorangebot, Faktorproduktivität) auf. Der Außenhandel ist aufgespalten in Güter, Dienstleistungen und Brennstoffe. Die Wechselkurse folgen einem Portfolioansatz. Die bilateralen Wechselkurse zur DM werden durch Zinsdifferentiale und Wechselkurserwartungen bestimmt.“⁸ Es ist also strukturell dem Wifo-Makromodell ähnlich (allerdings mit stärker ausgebautem Angebotsblock), jedoch ein Mehrländer-Modell, das zur Erfassung der Interaktionen zwischen Ländern dient. Modelliert werden also sämtliche Ökonomien des Euro-Raums, nicht bloß die Wirtschaft Österreichs.

Die Annahmen der Modellsimulation sind:

- Einsparungen durch Wegfall von Transaktionskosten beim Währungs-
umsatz je nach Größe des Landes von 0,2% (des BIP) für
große Länder (Deutschland, Frankreich) bis zu 0,9% (Spanien);
- eine Reduktion des kurzfristigen Zinssatzes um 1 Prozentpunkt
wegen der Intensivierung des Wettbewerbs im Finanzsektor;
- eine Erhöhung der totalen Faktorproduktivität unter Berufung auf dy-
namische Skalenerträge um 0,3% für Hartwährungsländer bis 0,7%
für Weichwährungsländer (wie Italien);
- ein Wegfall der Währungsinstabilität der Periode 1992-96.

Die Annahmen berufen sich auf sehr unterschiedliche Fundierungen. Während die ersten beiden Punkte qualitativ unbestritten, jedoch und in ihrer Größenordnung diskussionswürdig sind, sind die dynamischen Skalenerträge, wie von Baldwin postuliert, in der Literatur keineswegs unumstritten. Frühere Wifo-Studien wiesen auf die Möglichkeit ihrer Existenz hin, legten sie aber den Simulationen nicht zugrunde. Der Punkt „Wegfall der Währungsinstabilität“ ist besonders interessant. Eine wichtige Funktion der Währungsunion ist tatsächlich die Beseitigung der Volatilität von Wechselkursen. Die Größe des positiven Effekts hängt von der unterstellten Volatilität der Wechselkurse ab. Diese war im Zeitraum 1992-96 (verglichen z. B. zu den fünf Jahren davor) recht hoch.

Das Ergebnis der Simulation ist, dass die Mitgliedschaft in der WWU ein zusätzliches Wachstum des BIP um 2,2%, wovon 1,64%-Punkte auf die unterstellten dynamischen Skalenerträge zurückzuführen sind, und eine Steigerung der Preise um 6,5% bewirken würde. Gemäß der Simulation werden die Preise in den (vormaligen) Hartwährungsländern steigen, in den Weichwährungsländern aber fallen. Der Budgetsaldo würde sich um 2,2% (des BIP) verbessern, wobei mehr als die Hälfte auf die unterstell-

ten dynamischen Skalenerträge zurückzuführen sind.

Ein Versuch einer Quantifizierung der Kosten durch Verlust von staatlichem Handlungsspielraum durch die WWU wird nicht unternommen. Dies ist bemerkenswert, da auch damals schon Kritik am Stabilitäts- und Wachstumspakt verbreitet war. Die anderen (nicht-quantitativen) Beiträge in der groß angelegten Wifo-Studie zu den Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion präsentieren sowohl deren Vor- als auch Nachteile: „Der Stabilitäts- und Wachstumspakt (...) wird eine antizyklische Politik bzw. das Wirken lassen automatischer Stabilisatoren in Stagnationsphasen jedoch erschweren bzw. überhaupt unmöglich machen, solange die Defizitquote im Staatshaushalt nicht deutlich unter die 3%-Marke gesunken ist.“⁹ Ähnliche Feststellungen finden sich auch bei Kramer (1997), werden jedoch von Breuss nicht aufgegriffen. Vermerkt wird, dass die Ergebnisse als „gesamtwirtschaftliches Potenzial“ interpretiert werden müssen (S. 60).

Separat werden mit dem Wifo-Makromodell die Effekte des Sparpakets 1996 berechnet. Für die Simulation wird angenommen

- dass das EU-BIP wegen paralleler Budgetsanierungen 1996 und 1997 um 0,5% sinkt;
- die Einsparungen (von 100 Mrd. ATS) zu zwei Drittel ausgabenseitig und zu einem Drittel einnahmenseitig erfolgen;
- die langfristigen Zinsen fallen (um 2 Prozentpunkte im zweiten Jahr, danach steigen sie langsam um 1 Prozentpunkt).

Das Ergebnis dieser Simulation ist, dass durch das Sparpakt 1996 das BIP um 1,4% fällt (ohne EU-Konsolidierungen um 1,2%). Breuss betont, dass die Effekte der Budgetsanierung nur kurzfristiger Natur seien, da es sich um eine einmalige Reduktion handle. Dies steht aber in gewissem Gegensatz zu den Simulationsergebnissen, wo die BIP-Reduktion nachhaltig 1,4% beträgt und die Arbeitslosigkeit ebenso konsistent um 0,4 Prozentpunkte steigt ohne Ansätze zur Erholung.

Auffällig ist, dass die die Reduktion des EU-BIP (um 0,5%) deutlich unter jenem Österreichs liegt (1,4%). Österreichs Budgetdefizit lag zu jener Zeit allerdings im Durchschnitt (1996: Österreich 4%, Euro-Raum 4,3% des BIP). Da durch die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien der Großteil der EU-Länder zu Budgetsanierungsmaßnahmen in ähnlichen Größenordnungen angehalten war, wäre es nur konsistent, einen Wachstumsrückgang ähnlich dem österreichischen anzunehmen. Berücksichtigt man, dass Österreich als kleine, offene Volkswirtschaft einen kleinen Multiplikator aufweisen wird, wären in anderen EU-Ländern von einem deutlich stärkeren (negativen) Wachstumseffekt in der EU auszugehen. Bei einer angenommenen Wachstumsreduktion im EU-Raum um 1,5% (unter der Annahme der linearen Fortschreibung des EU-Effekts) würde sich der negative Effekt auf Österreichs Wachstum auf ca. 1,8% erhöhen.

2.5 Breuss (1999)

Bei sämtlichen bisher vorgestellten Studien handelt es sich um Simulationen, d. h. es wird auf Basis historischer Daten ein ökonomisches Modell geschätzt. Dieses Modell wird dann dazu verwendet, aufgrund spezifischer Annahmen (die jeweils angeführt werden) eine Situation zu simulieren, die dann als EU-Beitrittsszenario interpretiert wird. Die Daten, die zur Modellschätzung verwendet wurden, liegen dabei zwangsläufig vor dem EU-Beitritt. Die folgenden beiden Studien verwenden Daten, die die Jahre der EU-Mitgliedschaft beinhalten. Auch wird kein Modell geschätzt, das zu Simulationen verwendet wird, sondern die Effekte des EU-Beitritts sollen über Jahres-*Dummies* in den Schätzgleichungen abgebildet werden.¹⁰

Breuss (1999) schätzt ein System mit neun Verhaltensgleichungen und vier Identitätsgleichungen für den Zeitraum 1960 bis 1998. Das Modell ist als angebotsorientiert zu bezeichnen, da das BIP-Wachstum vom Produktivitätswachstum getrieben wird. Gleichzeitig spielen die Exporte und Importe in die EU eine wichtige Rolle. Der Arbeitsmarkt dient der Bestimmung der Lohnhöhe, die wiederum die Austauschverhältnisse (*Terms of Trade*) beeinflusst.

- In den Schätzgleichungen für das Wachstum werden *Dummies* für die Jahre 1996 sowie 1997 verwendet, die auf negative Effekte des Sparpaketes zurückgeführt werden.
- In der Schätzgleichung für das Produktivitätswachstum werden *Dummies* für die Jahre 1995 und 1996 verwendet, die positiv sind und als Integrationseffekte interpretiert werden.
- Die Import- und Exportfunktionen (für den Handel in der EU) enthalten ebenfalls positive *Dummies* für die Jahre 1995 und 1996, die in Summe positiv sind und als Integrationseffekte interpretiert werden.

Das Ergebnis dieser Schätzungen und der anschließenden Berechnungen ist, dass der EU-Beitritt zu einem 1,9% höheren BIP geführt habe und zu einem 4,3% niedrigeren Preisniveau.

Das Referenzszenario ist in diesen Schätzungen unklar, da die Jahreseffekte als durch den EU-Beitritt verursacht *interpretiert* werden. Ob oder in welcher Größenordnung ähnliche Effekte im Fall eines EWR-Szenarios tatsächlich aufgetreten wären oder nicht, kann aber nicht beantwortet werden.

Es ist auf zwei Probleme der angewandten Methode hinzuweisen. Erstens, das Grundproblem der Erfassung der Effekte des EU-Beitritts mittels *Dummy*-Variablen ist, dass diese definitionsgemäß alle Effekte, die spezifisch für ein Jahr sind, erfassen. Ob diese tatsächlich auf den EU-Beitritt zurückzuführen sind, kann nicht beantwortet werden. Die Erfassung

mittels Jahres-*Dummies* wäre vor allem dann angebracht, wenn die Effekte einem bestimmten Jahr zugeordnet werden können. Im Fall des EU-Beitritts ist dies jedoch keineswegs klar, wie schnell z. B. die Wettbewerbseffekte wirken würden. Frühere Wifo-Studien betonten, dass in den Simulationen angenommen wurde, dass die Effekte sofort wirksam würden, dass dies in der Realität aber nicht zu erwarten sei. Das zweite Problem ist technischer Natur. Die Schätzergebnisse für die *Dummy*-Variablen werden von der genauen Spezifikation der Schätzgleichung beeinflusst. Die Inklusion oder Exklusion eines Zeittrends oder von anderen *Dummy*-Variablen kann die Ergebnisse für Jahres-*Dummies* oft empfindlich beeinflussen.¹¹

2.6 Breuss (2000)

Breuss (2000) ist über weite Strecken die englische Übersetzung von Breuss (1999). Die angewandte Methode ist also ident. Die Schätzungen wurden aber um die zusätzlich verfügbaren Beobachtungen (2 Jahre) verlängert. Außerdem wurden die verwendeten *Dummies* teilweise verändert, namentlich wurden in Breuss (2000) auch Jahres-*Dummies* in den Preis- und Lohngleichungen sowie in der Arbeitslosigkeitsfunktion verwendet.

Folgende Jahres-*Dummies* werden in den Schätzungen verwendet:

- In der Schätzgleichung des BIP-Wachstums werden Jahres-*Dummies* für 1996 und 1997 verwendet und als negative Effekte des Sparpakets interpretiert.
- In der Schätzgleichung des Produktivitätswachstums werden Jahres-*Dummies* für die Jahre 1995 und 1996 verwendet und als (positive) Effekte des EU-Beitritts interpretiert.
- In der Schätzgleichung der Preise werden Jahres-*Dummies* für 1998 und 1999 verwendet und als Effekte des EU-Beitritts interpretiert.
- In der Schätzgleichung der Löhne werden Jahres-*Dummies* für die 1996 und 1997 verwendet und als Effekte des EU-Beitritts interpretiert.
- In der Schätzgleichung der Arbeitslosigkeit werden Jahres-*Dummies* für 1999 und 2000 verwendet und als Effekte des EU-Beitritts interpretiert.
- In der Schätzgleichung der Exporte in die EU werden Jahres-*Dummies* für 1997 und 1998 verwendet und als Effekte des EU-Beitritts interpretiert.
- In der Schätzgleichung der Importe aus der EU werden Jahres-*Dummies* für 1995 und 1997 verwendet und als Effekte des EU-Beitritts interpretiert.

Die deutliche Zunahme von Jahres-*Dummies* im Vergleich zu Breuss (1999) ist bemerkenswert, wird aber nicht näher erläutert. Während eini-

ge der *Dummy*-Variablen gut motiviert sind, ist die Rechtfertigung anderer weniger klar. So ist z. B. nicht klar, warum der EU-Beitritt einen Effekt auf die Arbeitslosigkeit haben sollte, wenn – wie in der Schätzgleichung gemacht – bereits für Wachstumseffekte kontrolliert wird.¹² Auffällig ist, dass die Jahres-*Dummies* in verschiedenen Gleichungen sich auf unterschiedliche Jahre beziehen. Sofern es eine klare theoretische Basis für die Wahl der Jahres-*Dummies* gäbe, könnte dies durchaus sinnvoll sein. Eine solche wird allerdings nicht geboten. Warum die Exporte in die EU aufgrund des EU-Beitritts gerade in den Jahren 1997 und 1998 ansteigen sollten, die Importe aber in den Jahren 1995 und 1997, ist nicht nachvollziehbar. Gemäß den Jahres-*Dummies* ergab sich ein Produktivitätseffekt 1995 und 1996, der erst 1997 und 1998 zu Preisreduktionen führte.

Die Schätzergebnisse werden von Breuss interpretiert, dass der EU-Beitritt zu einem um 3,1% höherem BIP geführt habe und zu einer Reduktion des Preisniveaus um 4,3%. Eine Differenzierung der Effekte durch den EU-Beitritt und den WWU-Beitritt gibt es nicht.¹³

Wie bei Breuss (1999) ist auch hier das Referenzszenario nicht definiert, sondern bloß als „*anti-monde*“ bezeichnet. Die verwendeten Jahres-*Dummies* legen nahe, dass es sich um einen genuine EU-Beitritt (im Gegensatz zum EWR) handelt. Es werden die Ergebnisse auch mit Breuss, Kratena und Schebeck verglichen und eine ähnliche Größenordnung festgestellt.

2.7 Breuss (2003), (2005)

Breuss (2003) bietet eine Simulation der Effekte eines EU-Beitritts, basierend auf einem Angebotsmodell. Im Gegensatz zu Breuss (1999) und Breuss (2000) wird also wieder zu einer Simulation gegriffen und nicht mit historischen Daten gearbeitet. Als Datenbasis für die ökonometrischen Schätzungen dienen die Jahre 1960-2001, allerdings werden keine Tests für Strukturbrüche in den Daten durchgeführt. Die angewandte Methode ist also eher als eine *ex ante*-Simulation als eine *ex post*-Bewertung zu betrachten, auch wenn sie im Nachhinein durchgeführt wurde.

Das verwendete Modell ist ein Angebotsmodell, zentriert um eine Standard-Cobb-Douglas-Produktionsfunktion und eine Totale Faktorproduktivitäts-Funktion, die vom Wachstum der Arbeitsproduktivität sowie den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) in Österreich und in der EU abhängt. Das Modell wird ergänzt um eine Preissetzungs- und Lohnsetzungsfunktion sowie eine separate Beschäftigungs- und Arbeitslosigkeitsfunktion. Die Nachfrage nach Kapital hängt vom Outputniveau, vom Budgetsaldo, von den ausländischen Direktinvestitionen und von den Faktorkosten ab. Die Exporte hängen vom Einkommensniveau der EU, den Austauschverhältnissen (*Terms of Trade*) und dem Niveau der Protektion ab.

Folgende Annahmen werden gemacht:

- Das EU-BSP wächst um 0,2% p. a. mehr wegen des Binnenmarktes.
- Die nominellen langfristigen Zinsen fallen um 0,1% wegen der Finanzmarktliberalisierung und der WWU.
- Die Importpreise fallen wegen des gestiegenen Konkurrenzdrucks um 0,5%.
- Der Profitaufschlag auf die variablen Kosten (*mark up*) fällt um 15% wegen des gestiegenen Konkurrenzdrucks.
- Die Handelskosten fallen um 5% wegen des Binnenmarkts.
- Die F&E-Ausgaben steigen um 0,1 Prozentpunkte des BIP.
- Das Budgetsaldo verschlechtert sich um 0,4 Prozentpunkte des BIP wegen Österreichs Nettozahlerposition.

Die Ergebnisse der Simulation sind, dass der EU-Beitritt (über 5 Jahre) zu 2,1% mehr Wachstum und zu einem um 1,6% niedrigeren Preisniveau geführt habe. Das Referenzszenario wird nicht expliziert, sondern als „*anti-monde*“ bezeichnet. Die Erklärungen der Annahmen machen jedoch klar, dass sowohl Binnenmarkt- als auch Währungsunionseffekte abgebildet werden sollen.

Das Simulationsmodell ist rein angebotsseitig.¹⁴ Die Ergebnisse sind daher eher als Wachstumspotenzial denn als tatsächlich realisiertes Wachstum zu verstehen. Es wird kein Versuch unternommen, die Kosten, die durch den Verlust aus staatlichem Handlungsspielraum entstehen, zu quantifizieren.

Breuss (2005) unterscheidet sich, was die Modellierung und Simulation betrifft, nicht substanziell von Breuss (2003). Sowohl das zugrunde liegende Modell als auch die Simulationsannahmen mit zwei Ausnahmen sind ident. Einzig ein zusätzlicher Integrationseffekt für das Jahr 2004 wurde angenommen, und die F&E-Ausgaben steigen um 0,2% (statt 0,1%). Das zugrunde liegende Datensample wurde ausgeweitet (bis 2005), wodurch sich kleinere Änderungen bei den Simulationsergebnissen ergeben.

3. Ein Vergleich der Ergebnisse

Nachdem die verschiedenen Studien zu den wirtschaftlichen Effekten des EU-Beitritts vorgestellt wurden, soll nun ein systematischer Vergleich erfolgen. Dabei interessieren zwei Gruppen von Fragen. Erstens, sind die Ergebnisse der verschiedenen Studien konsistent, d. h. widersprechen sie oder bestätigen sie einander? Zweitens, wurden die wirtschaftlichen Effekte des EU-Beitritts erschöpfend behandelt, oder liegen systematische Auslassungen vor?

3.1 Wie konsistent sind die Studienergebnisse?

Tabelle 2 fasst die Ergebnisse der besprochenen Studien zusammen. Dabei fällt auf, dass nicht alle Studien über dieselben Variablen Auskunft geben. Im Folgenden wird daher, wie bisher, auf das Wirtschaftswachstum als Kennzahl der realen Entwicklung und auf das Preisniveau als Kennzahl der monetären Entwicklung näher eingegangen.

Auf den ersten Blick erscheinen die Studien tatsächlich konsistent. Obwohl verschiedene Methoden angewandt wurden, kommen alle Studien mit Ausnahme von Breuss und Schebeck (1989) zu dem Ergebnis, dass der EU-Beitritt ca. 2% (zusätzliches) Wachstum nach fünf Jahren generieren würde. Das abweichende Schätzergebnis von Breuss und Schebeck (1989) ist darauf zurückzuführen, dass die angeführte Kennzahl jene der Differenz zwischen „EU-Beitritt mit Budgetsanierung“ und „EWR-Szenario“ ist. Wird der Budgetausgleich ignoriert, so kommen Breuss und Schebeck (1989) zu ähnlichen Größenordnungen wie die anderen Studien.

Diese scheinbare Ähnlichkeit verbirgt aber wichtige Differenzen in der Interpretation der Ergebnisse. Breuss und Schebeck (1989) vergleichen die Effekte eines EU-Beitritts mit dem Verbleib in der EFTA. Breuss et al. (1994) vergleichen den EU-Beitritt (ohne WWU sowie ohne Budgetausgleich) mit dem Verbleib im EWR. Breuss (1997) vergleicht die WWU mit einem Fortbestand des EWS. Breuss (1999), Breuss (2000) und Breuss (2003) sind Schätzungen der gesamten Effekte, wobei Breuss (1999) ohne WWU und Breuss (2000) vermutlich mit WWU zu interpretieren wären, Breuss (2003) zweifellos inklusive WWU. Dies ist in Tabelle 3 zusammengefasst.

Die Spalte „BIP“ gibt das geschätzte BIP-Wachstum und die Spalte „BS“ den Budgetsaldo für das jeweilige Szenario. Da Gleiches mit Gleichem verglichen werden muss, wird in der Spalte „BIP bei BA“ das BIP bei unterstelltem Budgetausgleich unter der konservativen Annahme eines Multiplikators von 1 angegeben. Alle kursiven Zahlen geben eigene Berechnungen an. Nach Breuss und Schebeck (1989) wäre der Wachstumseffekt des EU-Binnenmarkts im Falle eines Nicht-Beitritts 1,6% des BIP bei einem Budgetüberschuss von 0,4% des BIP. Würde dieser ausgegeben, um den Budgetsaldo konstant zu halten, dann wäre das Wachstum bei einem unterstellten Multiplikator von eins 2%.

Breuss et al. (1994) geben die Differenz zwischen EU-Beitritt und EWR als 2,8% des BIP bei einem Budgetsaldo von -0,9% an. Bei einem Budgetausgleich würde sich das Wachstum dann auf 1,9% reduzieren. Was ist der Wachstumsgewinn des EWR? Da im EWR rund zwei Drittel der Harmonisierung mit dem EU-Rechtsbestand realisiert wären, wird angenommen, dass das EWR-Szenario auch rund zwei Drittel des Wachs-

Tabelle 2: Vergleich der Hauptergebnisse der Studien

Studie	BS 89	BS 89	BS 89	BSK 94	KK 96	Breuss (1997)	Breuss (1997)	Breuss (1999)	Breuss (2000)	Breuss (2003)	Breuss (2005)
Szenario	EFTA	Beitritt ohne BA	Beitritt mit BA	EU-Beitritt vs. EWR	EU vs. unklar	WWU groß vs. EWS	Sparpaket 1996	EU-Beitritt vs. „anti-monde“	EU-Beitritt vs. „anti-monde“	EU-Beitritt vs. „anti-monde“	EU-Beitritt „anti-monde“
Methode	WMM	WMM	WMM	WMM	CGEM	OEM	WMM	Angebotsmodell	Angebotsmodell	Angebotsmodell	Angebotsmodell
nach x Jahren	6	6	6	6	Langfr.	5	5	5	6	Jährl.	Jährl.
BIP-Wachstum	1,6	3,5	2,5	2,8	1,95	2,19	- 1,4	1,92	3,12	0,42	0,43
Investitionen (Wachstum)	2,0	7,0	5,1	9,2	[3,5]	1,42	0,7	na	na	[0,09]	[0,15]
Inflation	- 1,6	- 5,2	-5,2	- 3,3	- 1,5	+ 6,45	- 0,4	- 1,05	- 4,29	- 0,32	- 0,3
Arbeitslosenrate	-0,4	- 0,9	-0,6	- 0,3		-0,51	0,4	- 0,63	- 3,76	- 0,14	- 0,23
Produktivitäts-wachstum	0,8	1,9	1,5	1,4		na	na	4,08	3,11		
Budgetsaldo	0,4	-1,1	0	- 0,9		2,2		na			
Lohnst.kosten [Lohnquote]				[- 0,2]			[- 0,2]	- 3,43	- 2,32	-0,27	- 0,12
Leistungsbilanz (in % des BIP)	+ 0,8	- 1,3	- 0,5	- 1,7		+ 0,85					
Nettowohlfahrts-gewinn					1,24						

Erläuterungen: WMM: Wifo-Makromodell, CGEM: Computational General Equilibrium Model, OEM: Oxford Economic Model, KK 96: Keuschnigg und Kohler (1996), BS 89: Breuss und Schebeck (1989).
Inv. in Breuss (2003): Kapitalstock statt Investitionen.

tumseffekts des EU-Vollbeitritts hätte. Dies ist natürlich nur eine grobe Schätzung, die ausschließlich der Verdeutlichung der systematischen Probleme beim Vergleich der vorhandenen Studien dient. Der Wachstumseffekt unter der Zwei-Drittel-Annahme liegt bei 1,5%.

Tabelle 3: Eine Systematisierung der Ergebnisse

	BIP	BS	BIP bei BA	Quelle
Nicht-EU	1,6	0,4	2	Breuss und Schebeck (1989)
+ EWR	1,5		2,4	<i>eig. Berechnung</i>
+ EU	2,8	-0,9	1,9	Breuss et al. (1994)
+ WWU	2,2	2,2	4,4	Breuss (1997)
Summe	8,1	1,7	9,7	<i>Hypothetischer Gesamteffekt</i>
EU	1,9	--	--	Breuss (1999)
EU+WWU	2,6	--	--	Breuss (2000)
EU+WWU	2,1	--	--	Breuss (2003)

Erklärungen: BS ist Budgetsaldo (in Prozent des BIP), „BIP bei BA“ das BIP bei einem hypothetischen Budgetausgleich unter der Annahme eines Multiplikators von eins. Alle kursiv gesetzten Zahlen sind eigene Berechnungen und sind nicht als exakte Schätzungen, sondern als Angabe von plausiblen Größenordnungen zur Verdeutlichung der systematischen Inkonsistenzen der vorhandenen Studien zu verstehen.

Breuss (1997) schätzt die Effekte des WWU auf 2,2% des BIP und einen 2,2 Prozentpunkte höheren Budgetüberschuss. Bei Budgetausgleich wäre der Effekt (wieder unter Annahme eines Multiplikators von 1) bei 4,4%.

Um den Gesamteffekt des EU- und des WWU-Beitritts auf die österreichische Wirtschaft zu eruieren, müssten logischerweise alle diese Effekte aufsummiert werden. Dies ist streng genommen nicht möglich, da die Studien zu unterschiedlichen Zeitpunkten vorgenommen wurden, zwischen denen sich die relevanten Verhaltensfunktionen geändert haben könnten.¹⁵ *Konzeptionell*, d. h. gemäß den in den Studien angeführten Referenzszenarien, wäre eine solche Addition jedenfalls möglich. Dies ist am deutlichsten bei Breuss et al. (1994) (Effekte des EU-Beitritts ohne WWU im Vergleich zu EWR) und Breuss (1997) (WWU im Vergleich zu EU ohne WWU). Eine solche (hypothetische) Addition würde den beträchtlichen Wachstumseffekt von 8% ohne und 9,7% mit Budgetausgleich ergeben. Keine der angeführten Studien nimmt eine solche Addition vor; werden die jeweiligen Referenzszenarien ernst genommen, wäre sie aber der logische Schritt.

Breuss (1999) und Breuss (2000) geben Schätzungen für den Gesamteffekt des EU-Beitritts an. Dabei ist nicht ganz klar, ob die Schätzungen sowohl den Binnenmarkt- als auch den Währungsunionseffekt enthalten oder nur Ersteren. Da die WWU erst mit 1. Jänner 1999 in Kraft trat, können in Breuss (1999) die WWU-Effekte nicht enthalten sein, da die Schätzungen mit dem Jahr 1998 enden. Der Untersuchungszeitraum von Breuss (2000) beinhaltet zwei Jahre WWU. Breuss (2003) ist eine Simulation und unterliegt damit nicht Beschränkungen bezüglich des Beobachtungszeitraums. Breuss (2003) – ebenso wie Breuss (1999) und Breuss (2000) – vergleicht seine Ergebnisse mit denen von Breuss et al. (1994). Dies ist jedoch methodisch inkorrekt, da erstens Breuss et al. (1994) die WWU explizit nicht berücksichtigen und zweitens der von Breuss et al. (1994) angegebene Wert die Differenz zwischen EU- und EWR-Szenario beschreibt, nicht den Gesamteffekt, den Breuss (2003) zu messen versucht.

Die Schlussfolgerung bezüglich der Konsistenz der Studien ist daher, dass die Studien tatsächlich zu sehr *unterschiedlichen* Ergebnissen kommen. Dies wird in den Studien selbst aufgrund einer unzureichenden Diskussion der Referenzszenarien nicht genügend wahrgenommen. Während Studien in den neunziger Jahren allein den Effekt der WWU auf 2% des BIP (ohne Budgetausgleich!) schätzen, so geben neuere Studien rund 2% als Gesamteffekt an. Ein Übergang vom EWR zum EU-Vollbeitritt würde aber ebenfalls einen Wachstumseffekt in der Größenordnung von 2% erreichen, und, so würde man annehmen, der Schritt von EFTA zum EWR ebenfalls. Wie diskutiert, sind diese Studien eher als Schätzung des Wachstumspotenzials denn als Schätzung des tatsächlichen Wachstums zu interpretieren.

3.2 Offene Fragen

Wie bereits mehrfach herausgearbeitet, ist die Diskussion des Referenzszenarios in den meisten Studien nicht befriedigend und teilweise herrscht Verwirrung über die Interpretation und Vergleichbarkeit der Ergebnisse. Hier soll noch auf einige andere offenen Fragen eingegangen werden.

Der zentrale Nachteil, oder – ökonomisch gesprochen – eine wichtige Art von Kosten, die durch den EU- und WWU-Beitritt entstanden, ist der Verlust von nationalstaatlicher Handlungsmöglichkeit. Die entsprechenden ökonomischen Kosten sind nicht exakt modellierbar, da sie nur durch eine Vielzahl kontrafaktischer Annahmen simulierbar wäre. An sämtlichen diskutierten Studien ist zu kritisieren, dass sie dieses Problem nicht thematisieren, sondern suggerieren, grundsätzlich sämtliche Kosten und Nutzen (wenn auch im Detail mangelhaft) zu erfassen. Es scheint, dass implizit die Annahme gemacht wurde, dass dieser politische Spielraum nicht

vorhanden sei. Diese Annahme klingt zwar nicht unplausibel, allerdings hat es Österreich durch eine kreative Mischung von Fiskal-, Industrie-, Lohn- und Geldpolitik noch in den siebziger Jahren geschafft, die Arbeitslosigkeit weit unter dem europäischen Durchschnitt zu halten. Im Rahmen einer Kosten-Nutzen-Analyse wäre aber in jedem Fall eine diesbezügliche Annahme zu belegen.¹⁶

Ein potenzieller Widerspruch in den Studien, der kaum thematisiert wird, ist, dass erwartet wird, dass durch den EU-Beitritt gleichzeitig positive Effekte durch Skalenerträge auftreten würden und durch den Wegfall von Handelshemmnissen der Konkurrenzdruck steigen würde. Auch wenn natürlich möglich ist, dass beide Effekte gleichzeitig auftreten, so stehen sie doch in einem offensichtlichen Spannungsverhältnis: Sind Skalenerträge vorhanden, so haben große Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil – Situationen mit unvollkommener Konkurrenz müssen entstehen bzw. werden sich verstärken. Der Binnenmarkt setzt also Kräfte frei, die *gegen* die Intensivierung des Wettbewerbs wirken. Dies wurde im Cecchini-Report thematisiert. Die Wohlfahrtsgewinne durch Erhöhung des Wettbewerbsdrucks seien nur bei einer strikten Wettbewerbspolitik lukrierbar. Diese zentrale Frage wird in keiner der vorhandenen Studien ernsthaft diskutiert und evaluiert.

Während die ersten Studien zu den wirtschaftlichen Effekten des EU-Beitritts auf dem nachfrageorientierten Wifo-Makromodell beruhen, sind in den späteren Studien Fragen der Nachfrageseite stark in den Hintergrund getreten. In Breuss (1999), Breuss (2000) und Breuss (2003) werden angebotsseitige Modelle für die Simulation verwendet, was die Nachfrageentwicklung definitionsgemäß ignoriert. Diese Modelle können definitionsgemäß nur über *potenzielle* Wachstumseffekte, nicht aber über die *tatsächlichen* Effekte Auskunft geben.

Besonders die Diskussion der WWU betrachtet dieselbe als eine rein technische Frage und abstrahiert von den wirtschaftspolitischen Implikationen: Die WWU kam mit einem deflationär ausgerichteten Politikbündel, da sie eine europäische Zentralbank schuf, die satzungsgemäß nur monetäre Ziele verfolgt, während gleichzeitig die Fiskalpolitik durch den Wachstums- und Stabilitätspakt für die nächsten Jahre auf restriktivem Kurs festgeschrieben ist. Der resultierende Politik-Mix erwies sich im Angesicht der Rezession 2001 als kontraproduktiv und wird vielfach für die schleppendere wirtschaftliche Erholung Europas im Vergleich zu den USA verantwortlich gemacht. Diese Frage des mit der WWU verknüpften wirtschaftspolitischen Kurses wird in keiner der Studien thematisiert.

Durch den EU-Binnenmarkt fielen die Grenzen sowohl für Kapital als auch für Arbeit. Da der Faktor Arbeit durch eine Vielzahl von kulturellen und sozialen Faktoren eine wesentlich geringere Mobilität aufweist, ist zu erwarten, dass die tatsächlichen Effekte asymmetrisch sind. Speziell wä-

re durch die (relativ) höhere Kapitalmobilität eine Erhöhung der Preiselastizität der Arbeitsnachfrage zu erwarten, was bei Lohnverhandlungen die Verhandlungsposition der ArbeitnehmerInnen schwächen würde. Diese Verteilungswirkungen des Binnenmarkts wurden in keiner der Studien thematisiert (was schon von Kramer 1994 bemerkt wurde).

4. Die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs vor und nach dem EU-Beitritt

Nachdem die Studien untereinander systematisch verglichen wurden, soll nun eine Gegenüberstellung der Studienergebnisse mit der tatsächlichen ökonomischen Entwicklung Österreichs vorgenommen werden. Diese wird sich allerdings ausschließlich auf die Plausibilität der Studienergebnisse im Hinblick auf die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung begrenzen. Eine Isolierung der Effekte des EU-Beitritts ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich.

In Übersicht 3 sind verschiedene wichtige makroökonomische Kennzahlen Österreichs zusammengefasst. Dabei fällt folgendes Muster auf:

- Die realen Kennzahlen wie BIP-Wachstum, Investitionen, Wachstum der Arbeitsproduktivität und Arbeitslosenrate haben sich konsistent verschlechtert. Das Wirtschaftswachstum ist seit dem EU-Beitritt gefallen, ebenso das Wachstum von Investitionen und das Produktivität. Die Arbeitslosigkeit ist seit dem EU-Beitritt gestiegen.
- Die monetären Kennzahlen haben sich seit dem EU-Beitritt verbessert. So ist die Inflationsrate gefallen, ebenso die Zinsen. Dieser Eindruck bestätigt sich auch, wenn andere Indikatoren verwendet werden, z. B. die Differenz zwischen nominellen Zinsen und nominellen Wirtschaftswachstum, die oft als Indikator für die monetäre Situation herangezogen wird.

Dies gibt also ein ernüchterndes Bild. Ob diese Entwicklung mit den Studienergebnissen vereinbar ist, ist eine schwierige Frage. Grundsätzlich ist nahezu jede tatsächliche Entwicklung konsistent mit den Prognosen, sofern sich die zugrunde gelegte exogene Wachstumsrate genügend verändert hat.¹⁷ Die Frage ist daher, ob eine solche dramatische Veränderung der Trendwachstumsrate oder analoge exogene Schocks plausibel sind.

Lassen andere wirtschaftliche Faktoren oder Änderungen in den Rahmenbedingungen negative Effekte vermuten? Mehrere wichtige Entwicklungen sind anzuführen:

- Tatsächlich ist die Rezession in der Folge des Platzens der spekulativen Blase an den Finanzmärkten eine negative Entwicklung, die mit der EU nichts zu tun hat. Es ist jedoch nicht plausibel, anzunehmen, dass diese Entwicklung die Daten übermäßig störe. Schließlich ist die USA

Tabelle 4: Österreichs wirtschaftliche Entwicklung vor und nach dem EU-Beitritt

	85-94	89-94	95-99	95-04	Vergleich	
	10 J vor EU	5 J vor EU	5 J nach EU	10 J nach EU	5J	10J
BIP-Wachstum (Wachstum der)	2,7%	2,8%	2,7%	2,1%	-0,2%	-0,6%
Investitionen (Wachstum der)	4,5%	3,5%	3,3%	2,7%	-0,2%	-1,8%
Arbeitsproduktivität	2,15%	2,20%	2,18%	1,72%	0,0%	-0,4%
Arbeitslosenrate	4,4	4,6	5,5	5,4	0,9	1,0
Inflation	2,7%	3,4%	1,3%	1,5%	-2,1%	-1,2%
Zinsen	6,79	7,92	3,60	3,44	-4,3	-3,3

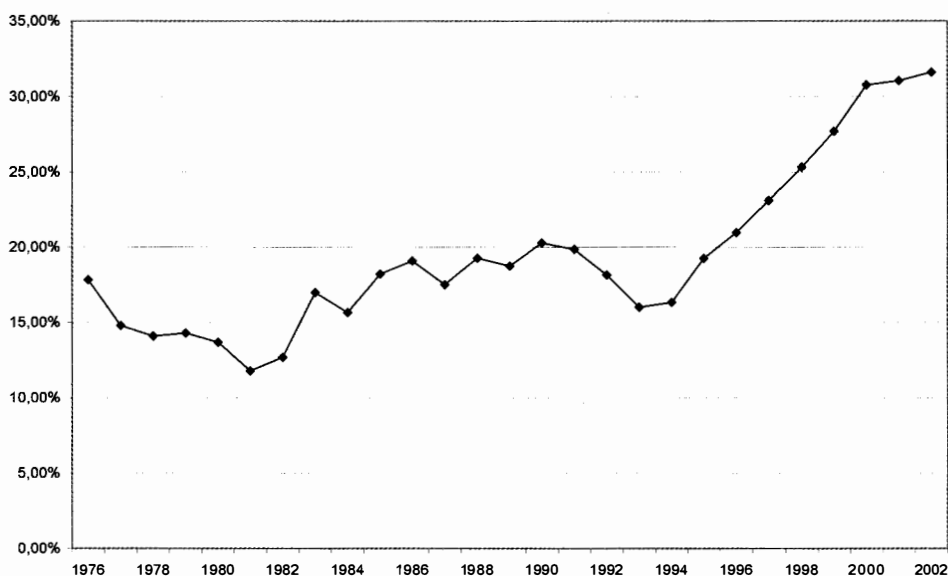
Quelle: OECD Economic Outlook dataset. BIP: GDP volume, Investitionen: Private fixed investment, Preise: consumer prices, Zinsen: short-term interest rates, Arbeitsproduktivität: productivity index (GDP per employment), Arbeitslosenrate: unemployment rate.

mit ihrem Finanzsystem potenziell mehr von der Krise betroffen, erholt sich aber schneller von der Rezession.

- Die Öffnung Osteuropas nach dem Ende des Kalten Krieges stellte einen starken Stimulus für Österreichs Wirtschaft dar, der vor allem die Exporte deutlich erhöhte. Während der Anteil der Exporte nach Osteuropa 1990 noch 8,5% betrug, erreichte er 2003 bereits 18,4%. Dies sollte das Wachstum vor allem in der Phase nach dem EU-Beitritt erhöhen.
- Die ökonomischen Folgen der deutschen Vereinigung, die mit dem de facto überhöhten Wechselkurs für die Ost-Mark zur De-Industrialisierung und Massenarbeitslosigkeit im Osten Deutschlands beitrug, stellt nicht nur eine enorme Belastung Deutschlands dar, sondern beeinträchtigt die Wachstumsdynamik ganz Europas. Diese stellt einen negativen Effekt dar, der mit dem EU-Beitritt kausal nicht verbunden ist.

Während natürlich die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung auf verschiedene Ursachen rückführbar ist, drängt sich doch keine Entwicklung auf, die die Effekte des EU-Beitritts völlig in den Schatten stellen würde. Eine Isolierung dieser Effekte ist hier nicht möglich. Aber *prima facie* scheint die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung die optimistischen Prognosen nicht zu bestätigen, zumindest, was die realen Variablen betrifft.

Abbildung 1: Profitquote in der verarbeitenden Industrie in Österreich 1976-2002



Quelle: OECD STAN database

Eine wichtige Frage bezüglich der Effekte des EU-Beitritts ist, ob der Konkurrenzdruck tatsächlich zugenommen hat. Eine Implikation der Zunahme des Konkurrenzdrucks wären Preisreduktionen. Wie oben gezeigt, ist dies konsistent mit den stilisierten Fakten. Ein fallendes Preisniveau (oder allgemeiner: geringere Inflationsraten) kann aber natürlich auch Resultat einer schwachen Wachstumsdynamik sein. Ein Indikator, der zur Frage der Konkurrenzentwicklung oft herangezogen wird, ist die Entwicklung des *mark up*, das heißt des Profitaufschlags auf die variablen Produktionskosten. Vom theoretischen Standpunkt wäre der Profitaufschlag auf die Grenzkosten das ideale Maß. Allerdings sind die Grenzkosten empirisch schwer zu ermitteln. Ein einfacher Indikator für den *mark up* ist der Anteil der Gewinne an der Wertschöpfung (die Profitquote).¹⁸ Abbildung 1 stellt die Entwicklung der Profitquote der österreichischen Industrie seit Mitte der 1970er Jahre dar. Dieser Sektor wurde gewählt, da er die Dienstleistungsbranchen nicht enthält und daher dem Konkurrenzdruck durch Importe direkter ausgesetzt sein sollte. Seit Mitte der 1990er Jahre ist die Profitquote steil angestiegen. Dies ist nicht konsistent mit einem gestiegenen Wettbewerbsdruck.¹⁹

Zwei methodische Anmerkungen sind zur Interpretation notwendig. Erstens ist die hier ausgewiesene Profitquote in der Industrie ein Aggregat aus verschiedenen Sektoren, die unterschiedliche Entwicklungen haben. Letzteres war auch im gegenständlichen Zeitraum der Fall. Eine detaillierte sektorale Untersuchung würde den Rahmen dieser Untersuchung sprengen. Es ist aber davon auszugehen, dass in einigen Branchen der Wettbewerbsdruck zugenommen hat, in anderen abgenommen. Im Aggregat ist der Profitaufschlag jedoch gestiegen, nicht gefallen. Es scheint also der Konkurrenzdruck nicht zu- sondern abgenommen zu haben. Zweitens ist die Profitquote ein einfaches Maß für den *mark up*. Untersuchungen, die den *mark up* auf Grenzkosten zu rekonstruieren suchen, kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Badinger und Breuss (2004) schätzen die Entwicklung des Profitaufschlags auf die Grenzkosten für 46 österreichische Industriebranchen und finden keinen Beleg für eine allgemeine Reduktion des Profitaufschlags.

In Kombination mit dem stilisierten Faktum, dass das Wachstum der Arbeitsproduktivität abgenommen hat, erscheint es plausibler, den Rückgang der Inflation auf die schwache Dynamik der Lohnentwicklung als auf Produktivitätsgewinne durch Skalenerträge oder auf Reduktionen des Profitaufschlags wegen des gestiegenen Wettbewerbsdrucks zurückzuführen. Im Einklang mit dieser Interpretation stehen auch die Ergebnisse von Marterbauer und Walterskirchen (2003). Sie finden, dass „langfristig (...) ein Anstieg der Arbeitslosenquote, der mit sinkender Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer verbunden ist, eine entscheidende Determinante“ der Entwicklung der Lohnquote (d. h. eins minus der Profitquote) bildet.²⁰

5. Anmerkungen zur gegenwärtigen Diskussion in Österreich

Das Jubiläum des EU-Beitritts hat zu einer Vielzahl von Stellungnahmen zu den Effekten desselben geführt. Diese sind von einem Grundkonsens getragen, dass der EU-Beitritt eine Erfolgsstory sei. Irritierend an der gegenwärtigen Diskussion ist, dass die Ergebnisse der angeführten Studien als Fakten behandelt werden und nicht als das, was sie sind, nämlich die Ergebnisse seriöser wissenschaftlicher Simulationen, deren Ergebnisse entscheidend von den verwendeten Modellen und Simulationsannahmen beeinflusst werden. Darüber hinaus argumentieren die meisten der Studien angebotsseitig und ignorieren die Nachfrageseite. Die Schätzergebnisse wären demnach als *Wachstumspotenzial* zu interpretieren, dessen Realisierung von verschiedenen Faktoren, namentlich von den Entwicklungen auf der Nachfrageseite und der Wettbewerbspolitik, abhängt.

Besonders eigenartig ist, dass die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung üblicherweise nicht mit den Prognosen in Bezug gesetzt wird. Typischerweise wird, statt einer seriösen Diskussion der implizierten exogenen Schocks, die tatsächliche Wachstumsverlangsamung weggewischt; so zum Beispiel im Einstiegsartikel der „*Wirtschaftspolitischen Blätter*“, wo Beyrer et al. (2004) die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs seit dem EU-Beitritt in BIP je Einwohner beschreiben und damit eine Diskussion von Wachstumsraten vermeiden – außer im Fall der (günstigen) Preisentwicklung, zu deren Messung die Inflationsrate verwendet wird. Damit werden der Darstellung widersprechende Fakten schlicht ignoriert.

Ähnlich eine Studie der Raiffeisen Research (2004). Dort wird festgestellt: „Dass Österreich seit 1995 nicht zu den Spitzenreitern der Wachstumsentwicklung zählt, soll der Erfolgsstory keinen Abbruch tun.“ (S. 3) Die Begründung dafür ist, dass „nicht Dabeisein weit mehr an Wachstum“ gekostet hätte. Dafür wird allerdings kein Beleg geliefert. Es wird also nicht erklärt, wie die positiven Effekte des EU-Beitritts in Einklang mit der tatsächlichen Verlangsamung des Wachstumstrends zu bringen sind, auch wenn dieser aus der Tabelle auf der folgenden Seite derselben Publikation ersichtlich ist.

Peter Mooslecher (2005) im einleitenden Beitrag zu einem Schwerpunktheft der OeNB-Publikation „*Geldpolitik und Wirtschaft*“ ist sich des Problems bewusster, wenn er schreibt: „Insgesamt fällt der makroökonomische Befund für die Entwicklung seit dem EU-Beitritt weitgehend günstig aus. [Aber] „das Wirtschaftswachstum [kann] keineswegs als zufriedenstellend qualifiziert werden“ (S. 35) Immerhin wird die schwache Wachstumsdynamik im relevanten Zeitraum thematisiert. Als Ursache dafür wird die Wachstumsschwäche von Österreichs Haupthandelspartnern verantwortlich gemacht. Da diese allerdings größtenteils in der EU sind, drängt

sich die Frage auf, ob die EU-Strukturen für die dortigen Wachstumschwächen mitverantwortlich sind. Schließlich hätte der Binnenmarkt auch dort positive Wachstumsimpulse setzen sollen.

Bemerkenswert reflektiert ist die Diskussion noch in diversen Beiträgen von Breuss, der sowohl die Koinzidenz von Reduktion von tatsächlichen Wachstumsraten und postulierten positiven Wachstumseffekten expliziert als auch andere potenzielle Unstimmigkeiten zwischen Integrationstheorie und tatsächlichen Entwicklungen herausstreicht. So hat beispielsweise der Handel zwischen den (alten) EU-Ländern und Österreich nicht, wie von der Theorie prognostiziert, nennenswert zugenommen. Allerdings bleibt auch Breuss eine Erklärung dafür schuldig, warum das Wachstum von Österreichs Wirtschaft sich exogen verlangsamte.

6. Resümee

Der Vergleich von Studien und Ergebnissen bezog sich, abgesehen von Keuschnigg und Köhler (1996), auf Studien von Breuss, der in diesem Feld Pionierarbeit in der empirischen Wirtschaftsforschung geleistet hat. Nicht zuletzt wegen der Entwicklung der angewandten Methoden und weil die Studien über einen längeren Zeitraum verteilt sind, liegen die Schätzergebnisse der Effekte des EU-Beitritts für die Wirtschaft Österreichs, wie diskutiert, weit auseinander. Die Tendenz, wenn auch nicht die Größenordnung (!), ist jedoch ähnlich: Es wurde erwartet, dass das Wachstum sich aufgrund von Produktivitätsfortschritten durch vermehrte Ausnutzung von Skalenerträgen beschleunigen werde und dass die Inflation aufgrund der Erhöhung des Wettbewerbsdrucks sowie der angesprochenen Skalenerträge sich verringern werde. Wegen des angenommenen induzierten Wirtschaftswachstums wurde auch eine, teils allerdings geringe, Reduktion der Arbeitslosigkeit erwartet. Die konkreten Schätzungen lagen teils weit auseinander. So schätzten Breuss et al. (1994) das zusätzliche Wachstum des EU-Beitritts (ohne WWU, im Vergleich zum EWR) auf rund 2%-Punkte, Breuss (1997) schätzte, dass die WWU allein 2%-Punkte zusätzliches Wachstum – bei gleichzeitigem positivem Beitrag zum Budget von 2% des BIP – verursachen würde. Spätere Schätzungen bezifferten die Gesamteffekte auf rund zwei Prozentpunkte.

Im Vergleich zur tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung können die Schätzungen aber nur bedingt überzeugen. Tatsächlich haben sich praktisch alle realen volkswirtschaftlichen Kennzahlen seit dem EU-Beitritt verschlechtert (im Vergleich zu den Jahren vor dem Beitritt). Die Wachstumsraten des BIP fiel ebenso wie die der Arbeitsproduktivität. Die Arbeitslosigkeit stieg. Die nominellen Kennzahlen verbesserten sich jedoch. Die Inflation fiel ebenso wie die Zinssätze. Dies ist nicht, was die Studien zum EU-Beitritt prognostizierte hatten.

Zu klären, wie sehr die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung kausal auf den EU-Beitritt zurückzuführen ist, war im Rahmen dieser Untersuchung nicht möglich. Angesichts der Diskrepanz zwischen euphorischen Prognosen und enttäuschender ökonomischer Entwicklung bieten sich drei mögliche Interpretationen an. Erstens, und dies scheint die vorherrschende Interpretation zu sein, ist es möglich, dass die Prognosen korrekt waren, die positiven Effekte tatsächlich eingetreten sind, jedoch von exogenen negativen Entwicklungen überlagert wurden. Diese Interpretation ist in Österreich die vorherrschende.²¹ Die große Schwäche dieser Interpretation ist, dass nicht klar ist, was diese negativen exogenen Entwicklungen sein sollten, die einen Rückgang des Trendwachstums um bis zu einem ganzen Prozentpunkt (immerhin ein Drittel des Trendwachstums) erklären könnten. Die Vertreter dieser Interpretation machen sich oft nicht die Mühe, die Frage seriös zu diskutieren. Solange auf diese Frage nicht befriedigend geantwortet wird, kann diese Interpretation jedoch nicht überzeugen. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass es kaum Evidenz für zwei der wichtigsten Kanäle der erwarteten positiven Effekte des EU-Beitritts gibt. Erstens ist es keineswegs klar, ob sich der Wettbewerbsdruck erhöht hat. Einfache Maßzahlen für die Marktmacht wie der Profitaufschlag (*mark up*) auf die variablen Kosten deuten im Aggregat auf das Gegenteil hin. Zweitens hat sich das Produktivitätswachstum verlangsamt. Die erwarteten Produktivitätsgewinne sind also ausgeblieben. Die Überzeugungskraft der vorherrschenden Interpretation fußt also eher darauf, dass sie mit der ökonomischen Theorie der Integration als mit den ökonomischen Fakten in Einklang steht.

Zweitens ist es möglich, die Gegenposition zu vertreten, dass die Prognosen schlicht überzogen oder gar falsch waren. Gemäß dieser Interpretation wären die positiven angebotsseitigen Effekte nie (oder bloß in trivialem Umfang) eingetreten. Für eine solche Interpretation würde sprechen, dass das Produktivitätswachstum, in das die Befürworter des Binnenmarkts große Hoffnungen gesetzt hatten, zurückgegangen ist. Allerdings ist es schwer zu glauben, dass der EU-Beitritt *keine* angebotsseitigen Effekte gehabt habe. Wieso wären dann in so vielen Bereichen Fusionen vorgenommen worden? Wieso sind dann die ausländischen Direktinvestitionen nach Österreich so stark angestiegen? Haben diese tatsächlich nur die Marktmacht diverser Unternehmen gestärkt?

Eine dritte Interpretation ist, dass der EU-Beitritt sehr wohl positive angebotsseitige Effekte hatte (wenn auch wohl in bescheidenerem Umfang als prognostiziert), gleichzeitig aber auch negative Effekte auf der Nachfrageseite. Die Produktivitätsgewinne konnten wegen Nachfragemangels nicht voll realisiert werden. Diese negativen Nachfrageeffekte sind auf den Politik-Mix zurückzuführen, der mit der spezifischen Ausgestaltung der WWU einherging. Im Euroraum ist die Geldpolitik zentralisiert und hat aus-

schließlich Preisstabilität als Zielgröße, während die Fiskalpolitiken erstens durch den SWP im Spielraum stark eingeschränkt und zweitens nicht effektiv koordiniert sind, was ihre wirtschaftspolitische Nutzung stark behindert. Insgesamt wurde also ein Politik-Mix implementiert, der eine deflationäre Neigung aufweist. Im Umkehrschluss bedeutet dies: Will die EU die zu erwartenden positiven realwirtschaftlichen Effekte des Binnenmarkts realisieren, braucht es eine wirtschaftspolitische Kehrtwende hin zu einer expansiven makroökonomischen Politik.

Diese dritte Interpretation steht nicht nur im Einklang mit der keynesianischen Makroökonomie, sondern auch mit dem Cecchini-Report, mit dem das Binnenmarktprojekt ursprünglich gerechtfertigt worden war. Dort war darauf hingewiesen worden, dass die angebotseitigen Maßnahmen des Binnenmarktprojekts durch eine aktive Wettbewerbspolitik und durch expansive Nachfragepolitik ergänzt werden müssen.

Anmerkungen

- ¹ Emerson et al. (1988) 213.
- ² Ebendort 10.
- ³ Ähnlich: Kramer (1994).
- ⁴ Economist (20.9.2003) 4: A survey of the world economy.
- ⁵ Breuss und Schebeck (1989) 46.
- ⁶ Hier und im Folgenden wird unter „Preisniveau“ das Niveau der Konsumentenpreise (zumeist CPI, später HVPI) verstanden. Die BIP-Deflatoren unterscheiden sich meist nur geringfügig.
- ⁷ Tatsächlich erhöhten sich nach dem EU-Beitritt die ADI beträchtlich, ohne dass es zu einem Investitionsboom gekommen wäre.
- ⁸ Breuss (1997) 52.
- ⁹ Walterskirchen (1997) 34.
- ¹⁰ Eine Dummy-Variable ist eine Variable, die nur den Wert 0 oder 1 annimmt. Ein Jahres-Dummy für das Jahr 1996 weist also im Jahr 1996 den Wert 1 auf, in allen anderen Jahren den Wert 0. Mit ihr werden Effekte, die nur in diesem Jahr auftraten, gefasst.
- ¹¹ Im konkreten Fall wurde probenhalber versucht, die Produktivitätsgleichung zu replizieren. Die Dummy-Variablen für die Jahre 1995 und 1996 wiesen vergleichbare Größenordnungen auf, jedoch war nur eine davon (1996) statistisch signifikant. Das Ergebnis für die Dummies hängt von der Inklusion oder Exklusion des Zeittrends ab, für die es keine ökonomische Rechtfertigung gibt. Sowohl der Chow-Breakpoint-Test als auch der Chow-Forecast-Test wiesen nicht auf einen Strukturbruch hin, der die Verwendung von Dummy-Variablen nahe legen würde. In Summe können die Ergebnisse also nur als mäßig robust interpretiert werden.
- ¹² Dies würde bedeuten, dass es einen Effekt auf die Arbeitslosigkeit bei gegebenem Wachstum gab. Ein solcher müsste wohl als negativer Schock auf die Arbeitslosigkeit interpretiert werden, was den positiven Angebotsschocks widerspräche.
- ¹³ Konsequenterweise könnten die Effekte der Dummies für 1999 und 2000 als WWU-Effekte interpretiert werden.
- ¹⁴ Da das Modell auf ökonometrischen Schätzungen beruht, schleichen sich nachfrage-seitige Effekte natürlich indirekt ein. Im konkreten Fall ist zu vermuten, dass die totale Faktorproduktivität und die ausländischen Direktinvestitionen stark prozyklisch wirken

und daher Nachfrageschocks beinhalten. Der Autor ist Prof. Breuss für diesen Hinweis dankbar.

- ¹⁵ Allerdings legt keine der diskutierten Studien dies nahe. Im Gegenteil, sie beruhen zu meist auf Schätzungen von Verhaltensfunktionen ohne Strukturbruch.
- ¹⁶ Wie groß der tatsächliche wirtschaftspolitische Spielraum im Falle eines Nicht-Beitritts zur EU wäre, ist eine ebenso interessante wie schwierige Frage. Ein wichtiges Problem bei der Klärung dieser Frage ist, dass etliche andere Entwicklungen diesen Spielraum eingeschränkt haben. Diese sind teils internationaler Art (Liberalisierung von Finanzströmen, WTO) teils hausgemacht. Durch die Privatisierung der verstaatlichten Industrie könnte diese natürlich auch ohne EU-Beitritt nicht für arbeitsmarktpolitische Zwecke eingesetzt werden. In jedem Fall legt das EU-Wettbewerbsregime, das aber auch im EWR bereits galt, enge Schranken.
- ¹⁷ Zur Bestimmung der „outside-Szenarios“ wäre es verlockend, die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz heranzuziehen. Die Schweiz trat weder dem EWR noch der EU bei und ist ebenfalls eine kleine, offene Volkswirtschaft. Sie bietet sich daher als Referenzsystem an. Ihre makroökonomische Entwicklung verlief in den letzten Jahren deutlich schlechter als die Österreichs. So wuchs das Schweizer BIP von 1995 bis 1999 um (real) kumulierte 6,3% weniger als das Österreichs. Wäre die Differenz zur Gänze auf den EU-Beitritt Österreichs zurückzuführen, dann wäre dies tatsächlich ein gewaltiger Wohlfahrtsgewinn. Jedoch wuchs die Schweizer Wirtschaft in den fünf Jahren vor dem EU-Beitritt um kumulierte 9,8% weniger als Österreich. Das Wachstumsdifferenzial ging also seit dem EU-Beitritt zurück. Generell ist die Korrelation zwischen dem Wachstum Österreichs und der Schweiz überraschend gering. Eine eingehende Untersuchung der unterschiedlichen Entwicklungen Österreichs und der Schweiz erscheint daher hochinteressant.
- ¹⁸ Genau genommen ist der *mark up*: $m = pq/(1-pq)$, wo pq die Profitquote ist.
- ¹⁹ Eine mögliche Erklärung für die Entwicklung wäre, dass durch den gestiegenen Konkurrenzdruck ineffiziente Unternehmen aus dem Markt gedrängt wurden, der gestiegene *mark up* also die Effizienzgewinne reflektiert. Bei einer solchen Erklärung bliebe jedoch das Faktum, dass die verbliebenen Unternehmungen offenbar keinem ausreichenden Druck ausgesetzt waren, ihre Profitmargen zu reduzieren.
- ²⁰ Marterbauer und Walterskirchen (2003) 155.
- ²¹ Breuss (2003, 2005), Mooslechner (2005), RZB (2005).

Literatur

- Badinger, Harald, Do we really know that the EU's Single Market Programme has fostered competition? Testing for a decrease in markup ratios in EU industries. (=EI Working Paper 55, xyz 2004).
- Badinger, Harald; Breuss, Fritz, Has Austria's Accession to the EU Triggered an Increase in Competition? A Sectoral Markup Study (=Wifo Working Papers 220 Wien 2004).
- Badinger, Harald, Wachstumseffekte der Europäischen Integration (New York, Wien 2003).
- Bayer, Kurt, Betriebsansiedlungen und Direktinvestitionen, in: Wifo Monatsberichte (1994) Sonderheft, S. S84-S87.
- Beyrer, M; Scheiner, C.; Taglieber, S., Österreich: 10 Jahre EU-Mitgliedschaft – ein Themenaufriss, in: Wirtschaftspolitische Blätter 2 (2004) 197-202.
- Breuss, Fritz, Gesamtwirtschaftliche Evaluierung der EU-Mitgliedschaft Österreichs, in: WIFO Monatsberichte 72/8 (1999) 551-575.
- Breuss, Fritz, An Evaluation of the Economic Effects of Austria's EU Membership, in: Austrian Economic Quarterly 5/4 (2000) 171-196,

- Breuss, F.; Kratena, K.; Schebeck, F., Effekte eines EU-Beitritts für die Gesamtwirtschaft und für die einzelnen Sektoren, in: WIFO-Monatsberichte, Sonderheft (1994) 18-33.
- Breuss, Fritz, Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der WWU in Modellsimulationen, in: Baumgartner, J.; Breuss, F.; Kramer, H.; Walterskirchen, E., Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion (Wifo: Wien 1997).
- Breuss, Fritz, Austria, Finland and Sweden in the European Union, in: Austrian Economic Quarterly 4 (2003) 131-58.
- Breuss, Fritz; Schebeck, Fritz; Die Vollendung des EG-Binnenmarkts. Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen für Österreich (Wifo: Wien 1989).
- Breuss, Fritz, Austria, Finland and Sweden after 10 years in the EU: expected and achieved integration effects (=Europainstitut Working Papers 65, Wien 2005).
- Emerson, M.; Aujean, M.; Catinat, M.; Goybet, P.; Jacquemin, A., The Economics of 1992 (Oxford 1988).
- Keuschnigg, C.; Köhler, W., Austria in the European Union: Dynamic Gains from Integration and Distributional Implications, in: Economic Policy 22 (1996) 155-211.
- Kramer, Helmut, Österreich EU-Beitritt: Zusammenfassende Überlegungen, in: Wifo-Monatsberichte, Sonderheft (1994) S5-S11.
- Kramer, Helmut, Politische Überlegungen zur Währungsunion, in: Baumgartner, J.; Breuss, F.; Kramer, H.; Walterskirchen, E. (Hrsg), Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion. (Wifo: Wien 1997).
- Marterbauer, M.; Walterskirchen, E., Bestimmungsgründe der Lohnquote und realen Lohnstückkosten, in: Wifo-Monatsberichte 2 (2003) 151-59.
- Mooslechner, Peter, Österreich 10 Jahre in der EU: Elemente einer ökonomischen Gesamteinschätzung, in: Geldpolitik und Wirtschaft Q2 (2005) 30-45.
- Raiffeisen Research, Österreich 10 Jahre in der EU (Raiffeisen Zentralbank: Wien 2004).
- Walterskirchen, Ewald, Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion. In: Baumgartner, J.; Breuss, F.; Kramer, H.; Walterskirchen, E.: Auswirkungen der Wirtschafts- und Währungsunion. (Wien: Wifo 1997).

Zusammenfassung

Der Artikel gibt einen Überblick über die makroökonomischen Studien zu den Effekten des EU-Beitritts Österreichs und diskutiert ihre Plausibilität hinsichtlich der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung seit dem Beitritt. Die vorhandenen Studien erwarteten eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums und eine Verringerung der Inflationsrate. Diese Effekte sollten wegen diversen positiven angebotsseitigen Effekten des Binnenmarkts (Skalenerträge, Erhöhung des Wettbewerbsdrucks etc.) eintreten. Die Größenordnung der erwarteten Effekte wirkt nur auf den ersten Blick ähnlich, variiert jedoch tatsächlich beträchtlich. Nachfrageseitige Effekte des EU-Beitritts (wie durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt) werden kaum oder gar nicht thematisiert. Tatsächlich hat sich das Wirtschaftswachstum ebenso wie das Produktivitätswachstum seit dem EU-Beitritt verlangsamt. Die positiven angebotsseitigen Effekte scheinen also nicht eingetreten zu sein oder wurden durch negative Nachfrageentwicklungen überlagert.